

1363 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates XIII. GP

Bericht des Verfassungsausschusses

über die Regierungsvorlage (1281 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge geändert wird

Das Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 78/1974, beseitigt den in der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, BGBl. Nr. 55/1955, festgelegten Stichtag 1. Jänner 1951 und gewährleistet damit, daß alle Flüchtlinge, auf welche die Voraussetzungen der Konvention zutreffen, ungeachtet des Zeitpunkts der Ereignisse, die zu ihrer Flucht geführt haben, gleichen Rechtsschutz genießen.

Der vorliegende Gesetzentwurf sieht nun eine Änderung des Bundesgesetzes über die Aufenthaltsberechtigung von Flüchtlingen im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flücht-

linge entsprechend der von Österreich durch den Beitritt zum genannten Protokoll übernommenen staatsvertraglichen Verpflichtung vor. Ferner sollen einige Bestimmungen des Stammgesetzes der ab 1. Jänner 1975 aus Grund des Inkrafttretens des Strafgesetzbuches gegebenen Rechtslage angepaßt werden.

Der Verfassungsausschuß hat die Regierungsvorlage am 15. November 1974 der Vorberatung unterzogen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause die Annahme des Gesetzentwurfes zu empfehlen.

Der Verfassungsausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (1281 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Wien, am 15. November 1974

Mondl
Berichterstatler

Thalhammer
Obmann